

Pour un bilinguisme fort – Mehr Engagement im Kanton Bern

Die Zweisprachigkeit ist eine historische Realität des Kantons Bern. Verankert in Art. 6 der Kantonsverfassung nach dem Territorialitätsprinzip bildet das Zusammenleben der beiden Amtssprachen eine der Grundlagen der kulturellen, administrativen und politischen Identität des Kantons. Die Anwendung der daraus resultierenden Rechte muss jedoch gestärkt und verbessert werden, um den heutigen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Die Mobilität der Bevölkerung – die sich in einer zunehmenden Zahl von Französischsprachigen in deutschsprachigen Gemeinden und von Deutschsprachigen in französischsprachigen Gemeinden zeigt – erfordert eine Stärkung des gleichberechtigten Zugangs zu beiden Sprachen und den damit verbundenen Rechten im gesamten Kanton. Für die GRÜNEN Kanton Bern ist die kantonale Zweisprachigkeit eine wesentliche Säule des sozialen Zusammenhalts sowie des harmonischen und nachhaltigen Zusammenlebens.

Jede*r Einwohner*in muss Zugang zu sämtlichen Leistungen der kantonalen öffentlichen Institutionen oder der mit öffentlichen Geldern subventionierten Institutionen in der Amtssprache ihrer oder seiner Wahl haben. In den Bereichen Bildung, Gesundheit, soziale Institutionen, Justiz, Kultur oder öffentliche Dienstleistungen im Allgemeinen muss das Angebot zweisprachig sein. Diese Anforderung gilt auch für die politischen Rechte: Eine echte demokratische Teilhabe ist nur möglich, wenn jede Person in ihrer Sprache Zugang zu kantonalen Informationen, Verfahren und politischen Institutionen hat.

Darüber hinaus gibt es in einem gesellschaftlichen Kontext, der durch Mobilität und damit zwangsläufig durch einen grossen multi- und plurilingualen Reichtum geprägt ist, zahlreiche Menschen, die keine der beiden Verwaltungssprachen, Französisch oder Deutsch, ausreichend beherrschen. Sie müssen Zugang zu Mitteln erhalten, um die eine oder andere Sprache zu erlernen, damit sie sich in die Gesellschaft integrieren und am kommunalen oder kantonalen öffentlichen Leben teilnehmen können.

Für die GRÜNEN Kanton Bern bedeutet gelebte Zweisprachigkeit, allen im Kanton wohnhaften Menschen eine vollumfängliche Teilnahme am sozialen, kulturellen und politischen Leben zu ermöglichen. Er bedeutet, einen gleichberechtigten Zugang zum gesamten öffentlichen Angebot zu gewährleisten, das gegenseitige Verständnis, das Zugehörigkeitsgefühl und den wechselseitigen Austausch zu stärken und damit die direkte und partizipative Demokratie zu festigen. Er ist eine wesentliche Säule beim Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaft.

Die GRÜNEN Kanton Bern setzen sich für starke Massnahmen zugunsten einer lebendigen Zweisprachigkeit ein, insbesondere in folgenden Bereichen:

Gesetzgebung

- es wird eine starke kantonale Gesetzgebung entwickelt, die den Ausbau der institutionellen Zweisprachigkeit im gesamten Kanton nach klar festgelegten Regeln ermöglicht;
- der Kreis der Gemeinden mit offiziellem zweisprachigem Status wird erweitert;

Kantonale Verwaltung und Justiz

- die Bearbeitung von Anliegen in der Amtssprache der betroffenen Person in allen administrativen und juristischen Einheiten, die für den ganzen Kanton zuständig sind, ist sichergestellt
- wir setzen uns ein für die gleichberechtigte Anstellung von Personal beider Sprachgemeinschaften auf allen Ebenen der kantonalen Verwaltung;
- die sprachliche Ausbildung des kantonalen Personals muss gefördert werden und es muss sichergestellt werden, dass Weiterbildungen in der Amtssprache des Personals zugänglich sind und anerkannt werden;
- es müssen Massnahmen umgesetzt werden, die den täglichen Gebrauch beider Sprachen am Arbeitsplatz und im Kontakt mit der Bevölkerung für das kantonale Personal ermöglichen;

Bildung

- langfristig den sogenannten frühen Unterricht der zweiten Amtssprache garantieren, mindestens ab der 3. Klasse (französisch 5H), sowie Projekte zur Sprachsensibilisierung in vor- und ausserschulischen Institutionen fördern und finanzieren;
- die Schaffung von zweisprachigen Französisch-Deutsch-Klassen zu denselben Bedingungen wie einsprachige Klassen in allen Gemeinden, die dies wünschen, garantieren;
- mehrsprachige, zweisprachige und immersive Projekte an kantonalen Schulen bis zur Sekundarstufe II für Schülerinnen und Schüler sowie für das Lehrpersonal sollen gefördert werden und sprachliche Austausche sowie zweisprachigen Unterricht leicht zugänglich gemacht werden;
- die Ausbildung der Lehrpersonen in den Zielsprache(n) muss verbessert werden;
- an den kantonalen Hochschulen oder an Hochschulen, an denen der Kanton Bern beteiligt ist, sollen zweisprachige Ausbildungsgänge entwickelt werden;

Gesundheit und Soziales

- der Zugang zu administrativen Leistungen und zur Gesundheitsversorgung in der Amtssprache der Wahl im Gesundheitsbereich muss garantiert sein;
- der Zugang zu sämtlichen sozialen Leistungen in der Amtssprache der Wahl wird sichergestellt;

Allgemein

- wir verlangen vom Kanton die Einführung konkreter Massnahmen für die Integration und zur Teilnahme am politischen und sozialen Leben für Personen, die keine der beiden Verwaltungssprachen ausreichend beherrschen. Der Französisch- bzw. Deutschunterricht muss mit ausreichend Mittel gefördert werden, sodass er für alle zugänglich ist. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass alle Menschen politische und soziale Herausforderungen verstehen, Zugang zu Informationen und Ausbildungen erhalten und sich am öffentlichen Leben des Kantons beteiligen können;
- es wird eine Stelle für eine*n kantonale*n Beauftragte*n für die Zweisprachigkeit geschaffen;
- es werden die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt, um die Entwicklung der Zweisprachigkeit in den kantonalen Institutionen sicherzustellen.